

Ein bisschen Kultur ist zu wenig

Das Kulturangebot in unserer Stadt ist trotz Einsparungen in diesem Bereich weiter Anziehungspunkt für alle Generationen. Das Schloss Morsbroich ist weit über die Stadtgrenzen hinaus ein anerkanntes Museum, das von rund 40.000 Menschen jährlich besucht wird. Viel mehr noch ist das Schloss Morsbroich Dreh- und Angelpunkt der Leverkusener Kulturszene: zahlreiche Ausstellungen und Veranstaltungen finden hier ein Zuhause. Auch zahlreiche Bürger dieser Stadt nutzen die Räumlichkeiten, um sich das „Ja-Wort“ zu geben. Deshalb verbinden sich mit dem Schloss viele emotionale Momente und Erinnerungen, die den Menschen durch den Verkauf des Schlosses nicht genommen werden dürfen. Das Schloss ist Identifikationssymbol für die Menschen dieser Stadt; das bezeugen die zahlreichen Unterschriften der Bürger, die für ihr Schloss kämpfen.

Deshalb setzt die Junge Union Leverkusener sich für eine radikale Änderung des Konzepts ein, um so eine Belebung des Standortes Schloss Morsbroich zu gewährleisten. Sollte dies nicht geschehen, ist eine Schließung des Museums für die Junge Union Leverkusen unumgänglich.

Eine weitere wichtige Institution, die zur Kultur unserer Stadt beiträgt ist die Musikschule Leverkusen. Dies wird regelmäßig durch die guten Ergebnisse ihrer Schüler an Wettbewerben wie „Jugend musiziert“ bestätigt. Um die Schülerinnen und Schüler der Schule optimal zu fordern und zu fördern, sind Lehrer mit guter fachlicher und pädagogischer Ausbildung nötig. Diese hohe Qualität der Arbeit kann nur durch festangestellte Musikschullehrer gehalten werden. Honorarkräfte können sich den Schülern der Musikschule nicht in dem Maße



widmen wie diese es benötigen und auch verdient haben. Sie sind vertraglich weder dazu verpflichtet, an Konferenzen teilzunehmen, noch Fahrten zu begleiten. Fallen diese wichtigen pädagogischen Mittel weg, kann die Schule die weitzurückreichende Geschichte ihrer guten Arbeit nicht mehr fortsetzen. Auch der Verwaltungsaufwand und die damit verbundenen Kosten würden enorm steigen. Deshalb ist für die Junge Union Leverkusener der finanzielle Mehrwert, gemessen am enorm steigenden Verwaltungsaufwand, nicht ausreichend. Die Verwaltung ist jetzt schon am Limit und darf dadurch nicht noch mehr belastet werden, sondern muss in der Lage sein einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, von dem alle Beteiligten und in erster Linie vor allem die Schülerinnen und Schüler profitieren würden.

Daher lehnt die Junge Union Leverkusener die Erhöhung der Honorarkräfte, die die pensionierten festangestellten Musikschullehrer ersetzen sollen, ab. Wie bereits mehrfach geschrieben kennen wir die schwierige finanzielle Lage der Stadt, dennoch ist unsere Devise, dass die Finanzen nicht auf dem Rücken der Jugend unserer Stadt ausgetragen werden dürfen. Denn die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt verdienen es, die bestmögliche Bildung zu genießen.



Lukas Kersting ist Beisitzer im Vorstand der Jungen Union Leverkusener und ehrenamtlicher Mitarbeiter der Kath. Kirchengemeinde St. Remigius

Kinder BILDEN unsere Zukunft

Insbesondere die Kleinen liegen uns am Herzen, denn Kinder sind unser wichtigstes Kapital für die Zukunft. Alle Kinder verdienen es gleichermaßen, unabhängig vom Elternhaus, die bestmögliche Bildung zu erhalten. Unser Ziel heißt: Chancengerechtigkeit!

Den Ausbau der Kindergärten in den letzten Jahren, vor allem im Zuge der Schaffung von ausreichend U3-Plätzen aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, begrüßen wir ausdrücklich. Auch in Zukunft muss die Stadt sicherstellen, dass für jedes Kind ein qualitativ guter und wohnortnaher Kindergarten zur Verfügung steht. Dabei darf jedoch auch nicht aus den Augen gelassen werden, dass Bedarf an U3-Plätzen besteht und diese nicht auf Kosten von U3-Plätzen auf der Strecke bleiben dürfen. Eltern, die ihr Kind erst mit zwei oder drei Jahren im Kindergarten anmelden möchten, müssen die gleiche Chance auf einen wohnortnahen Kindergartenplatz haben.

Gleichzeitig muss eine qualitativ gute Kinderbetreuung stattfinden. Dabei darf nicht ein Konzept gegen das andere Konzept ausgespielt werden. In unseren Augen muss es möglich sein, dass externe Angebote in der Kita möglich sind, bei denen die Kinder auch in Gruppen zusammenkommen. Eltern müssen nicht nur bei Kitas in freier Trägerschaft, sondern auch bei städtischen Kitas die Wahl zwischen offenem Konzept und Gruppenkonzept haben.



Jannik Klein ist Stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union Leverkusen und Vorsitzender des Ortsverbandes Steinbüchel

Gewerbsteuer - Weniger ist mehr

Die Gemeinden erhalten das Aufkommen aus der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und den örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern, wobei Bund und Länder durch eine Umlage an der Gewerbesteuer beteiligt werden. Die Gewerbesteuer stellt für die Gemeinden eine der wichtigsten Einnahmequellen dar. Der anzuwendende Hebesatz wird von der Gemeinde festgelegt.

Durch die Festlegung des Hebesatzes verfügt die Gemeinde über einen politischen Handlungsrahmen zur Ansiedlung oder ggf. auch Abschreckung von Gewerbebetrieben. Ein niedriger Hebesatz ist eines von mehreren Entscheidungskriterien zur Standortfrage von Unternehmen.

Ein niedriger Hebesatz ist zwar ein positives Ansiedlungskriterium, dafür ist aber auch mit niedrigeren

Einnahmen zu rechnen. Hohe Hebesätze können hingegen zu Abwanderungstendenzen führen, führen aber auch regelmäßig zu höheren Steuereinnahmen.

Die Gemeinden müssen hierbei politisches Geschick beweisen und die richtigen Abwägungen treffen.



Seit 2013 beträgt der Gewerbesteuerhebesatz in Leverkusen 475%, von 2010 bis 2012 betrug er noch 460%. Damit liegt Leverkusen gleichauf mit Köln und liegt ebenfalls über dem Durchschnitt von NRW (2015: 441,5%).

Die für ihre aggressive Gewerbesteuerpolitik bekannte Nachbargemeinde Monheim verlangt seit 2016 nur noch einen Hebesatz von 265%.

Für Leverkusen zeigt sich seit 2011 ein deutlicher Rückgang des Gewerbesteueraufkommens, obwohl in diesem Zeitraum die Gewerbesteuerhebesätze erhöht wurden. Es wurden in diesem Zeitraum namenhafte Abwanderungen

von Unternehmen aufgrund von zu hohen Gewerbesteuersätzen verzeichnet. Beim Einbruch von 2013 auf 2014 um fast 50 Mio. Euro kommt dabei noch hinzu, dass die großen Konzerne durch ihre weltweiten Expansionen ihren Gewinn vermindert hatten.

In Monheim zeigt sich dagegen ein ganz anderes Bild. Hier ist ein stetiges Wachstum bei den Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen. Wurden in 2010 noch ca. 20 Millionen Euro eingenommen, beliefen sich die Einnahmen in 2015 bereits auf 273 Millionen Euro. In diesem Zeitraum wurde der

Steuereinnahmen (in 1.000 Euro): 2010	2011	2012	2013	2014	
Istaufkommen der Gewerbesteuer	69.190	100.702	93.057	76.495	28.666
Abzüglich Gewerbesteuerumlage	10.660	15.322	13.898	11.095	4.165

Gewerbesteuerhebesatz von 435% auf 285% gesenkt. Ab 2016 gilt dort sogar ein Gewerbesteuerhebesatz von 265%. In Monheim zahlen die Unternehmer damit die niedrigste Gewerbesteuer. Das führte zu einem rasanten Anstieg der Ansiedlungen zahlungskräftiger Unternehmen. Die Bayer AG hat beispielsweise seine Patentabteilung von Leverkusen und Berlin fast komplett ins „Steuerparadies“ Monheim verlegt.

Der Vergleich der beiden Gemeinden Leverkusen und Monheim sollte verdeutlichen, dass die Gewerbesteuer sehr speziell ist. Denn die gängige Gleichung hoher Hebesatz bedeutet hohe Steuern ist nicht (immer) zutreffend. Monheim hat dafür den Gegenbeweis angetreten und konnte durch die Minderung des Hebesatzes eine Erhöhung der Gewerbesteuereinnahmen erzielen.

Diesen unsolidarischen Unterbietungswettbewerb bei der Gewerbesteuer unterstützen wir allerdings nicht. Denn sollten immer mehr Kommunen in diesen Wettbewerb einsteigen, so würden die Kommunen sich langfristig nur gegenseitig kannibalisieren. Am Ende würden dann alle verlieren, nur die Unternehmer nicht.

Wir als Junge Union Leverkusen wissen aber sehr wohl, dass wir die derzeitigen Gegebenheiten in Monheim für unsere Stadt berücksichtigen müssen. Um deswegen als Gemeinde nicht noch unattraktiver für neue oder bereits vorhandene Unternehmen zu werden, schlagen wir vor, den aktuellen Gewerbesteuerhebesatz zwingend beizubehalten. Eine weitere Erhöhung würde im Zweifel nur erneute Abgänge von Unternehmen nach sich ziehen. Dies hätte dann möglicherweise zur Folge, dass am Ende sogar weniger Gewerbesteuerver-einnahmt wird als vorher.



Moritz Dahm ist Kreisschatzmeister der Jungen Union Leverkusen und arbeitet als Bundesbetriebsprüfer



Oben links: "Business-Lunch" in der BayArena mit Dr. Peter Tauber (Generalsekretär der CDU).

Oben rechts: Die Junge Union Leverkusen auf dem Schlebuscher Schützen- und Volksfest.

Unten links: Wahlparty zur Landtagswahl im Saarland.

Unten rechts: Übergabe der Heiligabendsammlung an das Netzwerk Kinderarmut.

Flüchtlinge: Fördern und Fordern

Zunächst einmal möchte sich die Junge Union Leverkusen bei all den Freiwilligen und Ehrenämtern bedanken, die bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge geholfen haben, aktuell noch helfen und in Zukunft hoffentlich weiterhin ihre Unterstützung anbieten werden. Ohne die breite Masse an Hilfsbereitschaft und Entgegenkommen der Bürger wäre die Stadt sicher nicht in der Lage gewesen die Situation so zu bewältigen, wie sie es schlussendlich geschafft hat. Leverkusen und seine Bürger sind ein willkommenes Beispiel für Willkommenskultur, Hilfsbereitschaft und Aufnahmebereitschaft. Ein ganz besonderes Lob und Dank für seine Arbeit geht auch an den Dezernenten Markus Märten und dessen Mitarbeiter. Dank diesen Menschen ist es gelungen, dass niemand ohne Unterkunft, Essen oder Kleidung verbringen musste. Die Aufgabe, die diese Menschen in den letzten Jahren bewältigt haben und aktuell immer noch bewältigen, ist eine Jahrhundertaufgabe. Nie zuvor kamen so viele Hilfsbedürftige Menschen in so kurzer Zeit in Leverkusen an. Das Leverkusener Konzept, dass die Unterbringung und Versorgung seit 1990 neugeordnet hat, beweist wieder einmal in einer Krise, warum es inzwischen von vielen anderen Gemeinden und Kreisen übernommen und angewandt wird. In Leverkusen kam es zu keinen großen Zwischenfällen im letzten Jahr, wie etwa vergleichsweise in Hamburg, Berlin oder Köln. Deshalb

fordert die JU Leverkusen unbedingt die Beibehaltung dieses Modells.

Es muss oberste Priorität sein, die Flüchtlinge und Bedürftigen nicht in größeren Anlagen oder Heimen unterzubringen, sondern sie schnell in eigene kleine Wohngemeinschaften bzw. Wohnungen einziehen zu lassen, sodass die Integration schneller voranschreiten kann. Die Unterbringung und Versorgung ist größtenteils stabil und konstant gewährleistet. Einige Heime werden bereits wieder zurückgebaut und Kapazitäten verringert. Die JU Leverkusen begrüßt diesen Vorgang insbesondere in Bezug auf die Belegung von Turnhallen. Dennoch hoffen wir, dass in den nächsten Jahren noch ein kleiner Puffer als Vorsichtsmaßnahme eingebaut wird, um bei einer ähnlichen Situation in kommenden Jahren flexibler und entspannter reagieren zu können.

Der nächste Punkt, der uns sehr wichtig ist, ist der bürgernahe Kontakt. Wir dürfen auf gar keinen Fall die Fehler vergangener Jahre wiederholen und unsere neuen Mitbürger und Einwohner dieser Stadt an den Rand der Gesellschaft drängen, oder einzelne Stadtteile mit den Problemen und Risiken der Integration überbelasten. Wir hoffen insbesondere, dass in Zukunft die Verteilung noch besser und fairer zwischen den einzelnen Stadtgebieten voranschreiten kann. In der Vergangenheit haben wir mit Bedauern festgestellt, dass einzelne Stadtteile übermäßig belastet werden und

dadurch der so wichtige Kontakt mit den Bürgern nicht zustande kommen konnte. Wohnungen für Flüchtlinge müssen überall in Leverkusen gleichmäßig verteilt werden, um soziale Konflikte zu vermeiden und neue Problemzonen zu verhindern. Wer mehr deutschsprachige Mitmenschen kennt, wer mehr Kontakt tagtäglich zu seinen neuen Nachbarn und Mitbürgern hat, der wendet das Gelernte aus den Kursen und der Schule selbständig an und beginnt sich zu integrieren. In Vierteln mit einem größeren Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund wird dieser Austausch untereinander auf Deutsch schwieriger, da dann lieber die Muttersprache verwendet wird.

Des Weiteren setzt sich die JU Leverkusen für ein Konzept des Förderns und Forderns ein. Wir sind davon überzeugt, dass Menschen, die wir wie oben beschrieben in unsere Gesellschaft einbinden und an dem öffentlichen gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen, die wir aktiv integrieren und sie nicht ausgrenzen, Vorteile für das kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bild der Stadt und das gemeinschaftliche Leben vorbringen.

Um dies zu erreichen fordern wir ein flächendeckendes Angebot an Sprach und Integrationskursen, um schnellstmöglich die Deutsche Sprache zu vermitteln. Wir haben aus den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gelernt und erkannt, dass die Sprache das Fundament einer

gelungenen Integration bildet. Neben den Sprachkursen müssen aber auch Kurse geschaffen werden, die die gesellschaftlichen Strukturen, das Leben und insbesondere unsere Grundsätze wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit vermitteln. Menschen aus fremden Kulturen müssen sich mit unserem Grundgesetz und den allgemeinen Regeln und Gesetzen vertraut machen, sich daran anpassen und diese akzeptieren. Menschen die sich jedoch wiederholt nicht an die Gesetze unseres Landes halten, die unsere Lebensweise fundamental ablehnen und ein Risiko für die allgemeine Sicherheit und den Frieden in unserer Stadt sind, müssen genauso wie diejenigen abgeschoben werden, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Die JU Leverkusen sieht unsere Stadt im Bezug auf die Flüchtlingssituation in Deutschland vor einer schwierigen und anspruchsvollen Aufgabe, glaubt jedoch fest daran, sie durch die oben genannten Punkte bestmöglich lösen zu können.



Jonas Dankert ist Beisitzer im Vorstand der Jungen Union Leverkusen und Student der Rechtswissenschaften

Keine VERKEHRten Wege gehen

Leverkusen liegt an einem Knotenpunkt der Infrastruktur innerhalb Nordrhein-Westfalens und ganz Deutschlands. Zwei der wichtigsten Autobahnen kreuzen sich hier, hunderttausende Pendler fahren täglich auf drei Autobahnen an unserer Stadt vorbei, zahlreiche Menschen nutzen die Bahnlinien nach Köln, Düsseldorf oder Wuppertal. Nicht nur die Wirtschaft und insbesondere die Industrie sind von der schnellen Erreichbarkeit abhängig, sondern auch wir Bürgerinnen und Bürger profitieren von einer guten Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz. Leverkusen lebt von seiner Infrastruktur! Damit dies auch weiterhin so bleibt, müssen wir bestehende Infrastruktur Instand halten und modernisieren, sowie neue Projekte zügig aber auch mit Bedacht planen und realisieren. Mit den Entscheidungen, die die Politik heute trifft, müssen die zukünftigen Generationen leben!

Es ist richtig, dass immer mehr Straßenkreuzungen durch Kreisverkehre ersetzt werden. An einigen Stellen ist es jedoch unerlässlich, den Verkehr weiterhin durch Ampeln zu regeln. Zur Optimierung des Verkehrsflusses sollten die Ampeln dabei möglichst gut aufeinander abgestimmt sein, damit keine längeren Staus entstehen oder sinnlos an Ampeln gewartet wird, obwohl kein Verkehr von den anderen Straßenseiten kommt. Auch das nächtliche Abschalten von Ampeln dort,

wo sie nicht gebraucht werden, halten wir für sinnvoll.

Durch Vandalismus und Verschmutzung wird unsere Stadt an einigen Stellen zunehmend in Mitleidschaft genommen. Gerade an hochfrequentierten Orten wie Bahnhöfen oder Schulen treten die Probleme häufig auf.

Hier gilt es durch vermehrte Kontrollen und auch erhöhte Wachsamkeit, Vandalismus und Verschmutzung wenn möglich zu verhindern, zumindest aber zu ahnden. Bereits frühzeitig muss der Verwahrlosung von einzelnen Vierteln in der Stadt entgegengetreten werden. Damit wird nicht nur ein verbessertes Stadtbild erreicht, sondern auch dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung entsprochen, weil der Niedergang der Stadtviertel und die damit aufkommende Kriminalität verhindert wird.

Wir begrüßen den stetigen Ausbau der Nachtlinien der Wupsi in der Vergangenheit. Insbesondere wegen der



angespannten Haushaltslage halten wir eine stündliche Taktung der Nachtbuslinien für ausreichend.



Gleichzeitig wäre es jedoch praktisch, wenn die Nachtbusse noch zu späterer Stunde fahren, damit am Wochenende auch nach längerer Party oder Discobesuch die Möglichkeit besteht, sicher mit dem Bus nach Hause zu kommen.

Daher sollte die Nachtbuslinien um eine Stunde nach hinten verlängert werden, sodass neben den Fahrten um 0, 1 und 2 Uhr auch eine Fahrt um 3 Uhr angeboten wird.

In vielen Städten ist es bereits an der Tagesordnung, hier in Leverkusen fehlt es in den Bussen der Wupsi jedoch noch: Flächendeckendes und kostenfreies WLAN. Dieser längst überfällige Schritt muss nun schnellstens vorangetrieben werden. Dabei gibt es Vorbilder, an denen sich Stadt und Wupsi orientieren können. Ziel sollte es sein, sich - ohne umständliche Anmeldung mit

Benutzername und Passwort - unkompliziert in das WLAN einwählen zu können. Eine vorgeschaltete Seite mit zu akzeptierenden AGB's, wie es auch andere Busunternehmen handhaben, ist ausreichend, damit Nutzer nicht durch komplizierte Anmeldungen abgehalten werden.

Wir setzen uns mit aller Kraft für einen Tunnel statt der Stelze ein. Dabei lehnen wir parteipolitisches Kalkül ab. Alle politischen Kräfte in der Stadt sollten sich vereint für einen Tunnel stark machen und diese Haltung auch konsequent gegenüber Land sowie Bund einnehmen. Eine Realisierung des Tunnels darf nicht an der Finanzierbarkeit des Projekts scheitern. Auch ist unverständlich, warum die Betrachtung der Sicherheit bei einer Megastelze anscheinend keine Rolle spielt. Zumindest erscheint es für uns fraglich, ob bei einer - sehr nahe an die vollbesetzte BayArena heranrückenden - Megastelze infolge einer Explosion eines Tanklastwagens nicht die gleiche Gefahr ausgeht wie bei einem Tunnel?

Wir begrüßen ausdrücklich den Einsatz einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Initiativen für den Bau eines Tunnels zusammengeschlossen haben. Nur mit einer starken und geschlossenen Stimme werden die Leverkusener Interessen berücksichtigt. Unsere Stadt darf nicht weiter zerschnitten werden, die Chance für ein Zusammenwachsen sollte ergriffen werden.

Daher sollten in Zukunft noch mehr Menschen die Kundgebungen der Tunnelbefürworter unterstützen.

In der heutigen Zeit ist das Themenfeld der Infrastruktur um den digitalen Bereich erweitert. Daher müssen wir nicht nur Straße und Schiene auf höchstem Niveau erhalten, sondern auch den Ausbau der digitalen Infrastruktur vorantreiben. In der Stadt sollte es in den Zentren und an wichtigen öffentlichen Plätzen kostenfreies WLAN geben. Langfristig ist es unser Ziel, dass dieses Angebot auf immer mehr Stadtteile und städtische Einrichtungen erweitert wird. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit privaten Einrichtungen und Geschäftsleuten vermehrt in den Blickpunkt genommen werden.

Wir begrüßen, dass die Stadt die Angebote des E-Government in den letzten Jahren ausgebaut hat. Es gibt die Möglichkeit, online Termine mit dem Bürgerbüro zu vereinbaren oder sein Kind mithilfe des Kita-Planers für Plätze in Kindergärten vorzumerken. Wir wünschen uns, dass auch in Zukunft immer mehr Angebote der Stadt online angeboten werden, damit der Gang zur Behörde häufiger durch einen Klick im Internet ersetzt werden kann.



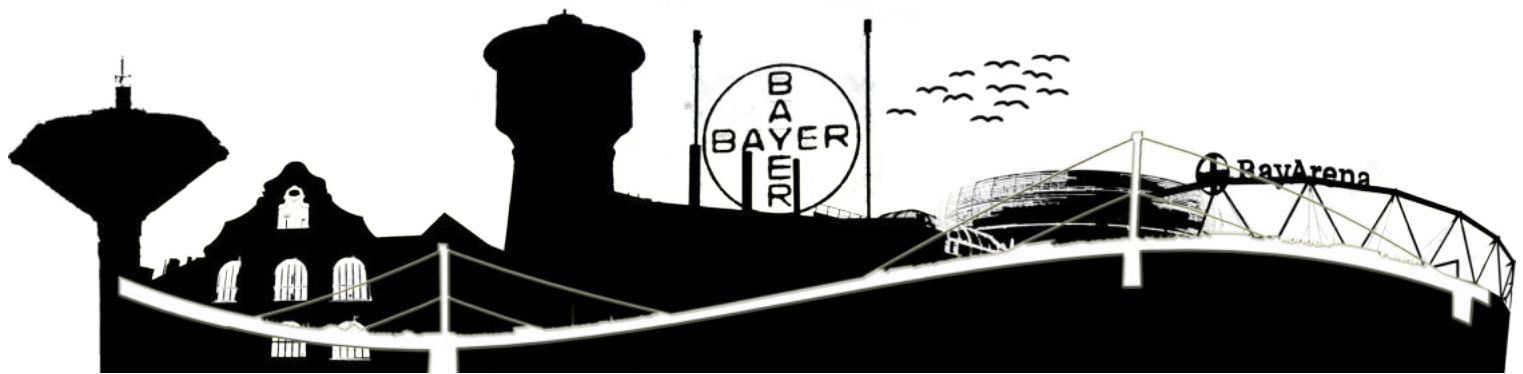
Jannik Klein ist Stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union Leverkusen und Vorsitzender des Ortsverbandes Steinbüchel

Der Vorstand der JU Leverkusen



Von links nach rechts:

Lucas Melzig	Vorsitzender
Frank Altenbach	Kreisgeschäftsführer
Moritz Dahm	Kreisschatzmeister
Lukas Kersting	Beisitzer
Jannik Klein	Stellvertretender Vorsitzender
Erik Pelzer	Stellvertretender Vorsitzender
Jonas Dankert (nicht im Bild)	Beisitzer



Impressum:

Herausgegeben vom Kreisvorstand der Jungen Union Leverkusen

Friedrich-Ebert-Straße 94-96, 51373 Leverkusen

Tel.: 0214-41676

Mail: info@ju-leverkusen.de

www.ju-leverkusen.de

Fotonachweis:

www.pixabay.com

www.ju-leverkusen.de

www.museum-morsbroich.de

www.leverkusen.com

Rüdiger Scholz

© 2017 Junge Union Leverkusen